

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 32 | 11.08.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 235/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zur Übertragung der Durchführung von Maßnahmen gemäß dem Bundesgesetz über einen Ausgleich inflationsbedingt hoher **Lebenshaltungs- und Wohnkosten** (Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz – LWA-G, BGBl I Nr 93/2022 idF BGBl I Nr 68/2023) an den Landeshauptmann (Übertragungsverordnung LWA-G – Sonderzuwendungen 2023 und 2024)

[BGBl II 236/2023](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der das **Lehrlingseinkommen** für **gewerbliche Lehrlinge** bei Druckern und Druckformenherstellern festgesetzt wird

[BGBl II 237/2023](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der das **Lehrlingseinkommen** für **kaufmännische Lehrlinge** bei Druckern und Druckformenherstellern festgesetzt wird

II. AMTSBLATT DER EU

Keine Rechtsakte mit Gesetzescharakter im Berichtszeitraum.

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

05.10.2021, [WI 5/2021](#)

Nö GemeinderatswahlO; Nö GemeindeO; Stattgabe der Anfechtung der **Wiederholungswahl** des Gemeindevorstands einer niederösterreichischen Gemeinde beginnend mit der Aufteilung der Anzahl der geschäftsführenden Stadträte auf die im Gemeinderat vertretenen Wahlparteien; verfassungswidrige Anwendung einer novellierten Bestimmung der Nö GemeindeO im fortgesetzten Wahlverfahren; Anwendung der Rechtslage der ursprünglichen Wahl für die Verteilung der Mandate bei der angefochtenen Wiederholungswahl; schwerwiegender Eingriff in laufendes Wahlverfahren durch die mit der Novelle bewirkte **Änderung** bei der **Verteilung der Mandate**

06.10.2021, [E 4201/2020](#)

StGG; EpidemieG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Abweisung eines Antrags auf **finanzielle Vergütung** einer Gesellschaft nach dem EpidemieG für deren Verdienstentgang durch die Quarantäne einer Arbeitnehmerin; mangelhafte Auseinandersetzung mit der rechtlichen Qualität einer die Absonderung der Arbeitnehmerin anordnenden telefonischen Enunziation der zuständigen Behörde

06.12.2021, [V 521/2020](#)

Tir RaumordnungsG; Abweisung eines Antrags auf Aufhebung eines Bebauungsplans betreffend eine **BausperrenVO**; keine neuerliche Auflegung zur öffentlichen Einsichtnahme eines – keine relevanten inhaltlichen Änderungen umfassenden – „**verkleinerten**“ **Planungsraums** erforderlich

12.06.2023, [A 13/2023](#)

KraftfahrG; die Verpflichtung zur **Rückerstattung** einer **geleisteten Geldstrafe** trifft jene Gebietskörperschaft, in deren Vollzugsbereich die Behörde tätig gewesen ist; die von der Bezirkshauptmannschaft Dornbirn verhängte Organstrafe erging wegen eines Verstoß gegen eine Bestimmung des KraftfahrG, dessen Ahndung dem Kompetenzbereich „Kraftfahrwesen“ zuzuordnen ist und dementsprechend in die **Vollzugskompetenz** des Bundes fällt

12.06.2023, [E 673/2023](#)

BVG-Rassendiskriminierung; StaatsbürgerschaftsG; StaatsbürgerschaftsVO; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines Antrags auf Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft mangels Nachweis der Identität durch unbedenkliche Urkunden; Prüfung der **Zulässigkeit des Identitätsnachweises** mittels des – im Zuge des Asylverfahrens vorgelegten – Konventionsreisepasses und der Einvernahme der Identitätszeugin durch das LVwG geboten

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

15.06.2023, [Ro 2021/02/0011](#)

AVG; der **VwGH** ist grds als **Rechtsinstanz** tätig; zur Überprüfung der Beweiswürdigung ist er im Allgemeinen nicht berufen; eine Rechtsfrage von grds Bedeutung liegt lediglich dann vor, wenn das VwG die im Einzelfall vorgenommene Beweiswürdigung in einer die Rechtssicherheit beeinträchtigenden, unvertretbaren Weise vorgenommen hat; eine dem § 60 AVG entsprechende **Entscheidungsbegründung** muss (auch) zu widersprechenden Beweisergebnissen im einzelnen Stellung nehmen und schlüssig darlegen, was das VwG veranlasst hat, dem einen Beweismittel mehr Vertrauen entgegenzubringen als dem anderen; die dabei vorgenommenen Erwägungen müssen schlüssig sein, das heißt mit den Gesetzen der Logik und dem allgemeinen menschlichen Erfahrungsgut im Einklang stehen

15.06.2023, [Ra 2023/02/0029](#)

TierschutzG; VStG; nach der Rsp des VwGH dürfen **Sicherungsmaßnahmen** auch ungeachtet einer eingetretenen **Verjährung** nach § 31 VStG vorgenommen werden; bei der Beurteilung des **Verfalls** gemäß § 39 bzw 40 TierschutzG kann nicht gesagt werden, dass dieser jeweils ausschließlichen Strafcharakter aufweist; dem Verfall nach dem TierschutzG kommt nämlich

auch die Funktion einer Sicherungsmaßnahme zu; der Ablauf der Frist des § 31 Abs 2 VStG führt daher nicht dazu, dass der Verfall der beschlagnahmten Tiere nicht mehr hätte ausgesprochen werden dürfen

29.06.2023, [Ra 2022/11/0034](#)

Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw NichtraucherenschutzG; gem § 13 Abs 2 zweiter Satz Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw NichtraucherenschutzG rechtskonform eingerichtete **Raucherräume** dienen nicht der Verwendung durch „hotelfremde“ Gäste bzw „Tagesgäste“ eines **Hotelbetriebs**, sondern nur der Benützung durch in dem Hotel bzw in dem Beherbergungsbetrieb nächtigende Gäste; § 13 Abs 2 zweiter Satz leg cit ist keine Ausnahmeregelung, auf deren Grundlage die Einrichtung eines Raucherraums in einem Hotel oder in einem vergleichbaren Beherbergungsbetrieb für die Mitbenutzung durch „Tagesgäste“ gestattet wäre

07.07.2023, [Ra 2022/18/0218](#)

AsylG; VwG hat die Pflicht, auf das Parteivorbringen, soweit es für die Feststellung des Sachverhalts von Bedeutung sein kann, einzugehen; es darf sich über erhebliche Behauptungen und Beweisanträge nicht ohne Ermittlungen und ohne Begründung hinwegsetzen; das BVwG war sohin nicht berechtigt, den Beweisantrag des Rw, aktuelle Länderinformationen zu den Auswirkungen der jüngsten Ereignisse auf die Rückkehrgefahr für **politisch-oppositionelle Personen** aus **Tschetschenien**, außer Acht zu lassen und sich mit den **vorhandenen Länderinformationen**, die sich mit diesen jüngsten Ereignissen nicht mehr umfassend beschäftigten, zu begnügen; es kann auch nicht von vornherein ausgeschlossen werden, dass derartige Ermittlungen zu keinem anderen Verfahrensergebnis geführt hätten

17.07.2023, [Ra 2023/02/0046](#)

StVO; **VStG**; bei einer Übertretung nach § 5 Abs 1 StVO kann dem alleinigen **Milderungsgrund** der verwaltungsstrafrechtlichen Unbescholtenheit kein solches Gewicht beigemessen werden kann, dass deshalb – auch bei Fehlen von **Erschwerungsgründen** – § 20 VStG anzuwenden wäre, weil keine Rede davon sein kann, dass die Milderungsgründe die Erschwerungsgründe beträchtlich überwiegen würden

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 24.05.2023, [LVwG-153698](#)

Oö Raumordnungsg; da eine (wie die fallgegenständliche) Kapelle nicht der „im überwiegenden **öffentlichen Interesse** der **infrastrukturellen Versorgung** oder Erschließung eines bestimmten Gebiets“ dient, und darüber hinaus nicht – um „diese Funktion“ zu erfüllen – „an einem bestimmten Standort errichtet werden muss“, liegt kein Anwendungsfall des § 37a Oö Raumordnungsg vor

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. SCHLUSSANTRÄGE

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.